## Protokoll

über die Landtagssitzung vom 29. und 30. Juni 1932.

Anwes end alle Abgeordnete mit Ausnahme des Dr.W.Beck

Regierungsvertreter: Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Beginn der Sitzung am 29. Juni vormittags ½9 Uhr mit Vorsbesprechungen im Konferenzzimmer.

## Oeffentliche Sitzung:

Das Prozokoll der letzten Sitzung wird verlesen und auf Anregung des Abg. Vogt eine Berichtigung angebracht. [1. Prod. J. Popul 14]

Beratungsgegenstände:

32

1.) Ablösung der Edektrizitätsnetze Eschen und Mauren von den Stadtwerken Feldkirch.

Reg. Chef: verweist auf die Ausführungen der Tagesordnung, wonach mit den Stadtwerken ein Ablösebetrag von Frs. 100,000 Fr. auf dem Verhandlungswege vereinbart worden ist, ein Betrag, der/ein beide Teile befriedigender genannt werden kann. Die Stadtwerke haben effektiv in dieses Netz mehr hineingesteckt. Uns sind aber die billigen Kupfer-Preise zugute gekommen. Wenn in der Oeffentlichkeit vor dem Abschluss der Verhandlungen immer Kritik geübt worden ist, dass dieselben sich Verzögern und die Ablösung nicht vonstatten gehe, so kann mit Recht entgegengehalten werden, dass die beständig sinkenden Kupferpreise sich für uns nur vorteilhaft ausgewirkt haben und mit der Verzögerung kein Schaden verbunden war. Desgleichen hat das Lawenawerk kein Ge-Wicht auf den raschen Abschluss der Verhandlungen im letzten Herbst und Winter deshalb gelegt, weil es sich in der Beschaffung genügenden Stromes zuerst Klarheit verschaffen Minimum und Vorsorge für genügend Strom treffen musste. Die Finanzkommission beantragt den Herren Ab-Stadtwerken und dem Lawenawerke getroffenen Abmachungen, wie sie Ihnen in der Tagesordnung schriftlich zugegangen sind, anzunehmen. Elkuch: Es Wäre sehr vorteilhaft, wenn ein Einheitspreis könnte geschaffen werden. Ferner ist einmal eine Anregung ergangen, die Stallleitungen sowie andere elektrische Anlagen im Unterlande siner Kontrolle zu unterziehen was aber bis heute noch nicht erfolgt ist, Wiewohl die Versicherungen vereinzelt schon Beiträge für diese Nachkontrolle in Aussicht gestellt haben.

"一个"的"一个"。 "一个"

Reg. Chef: Betr. Punkt 1 der Anregung des Abg. Elkuck haben wir Mitte Mai an die Gemeinden Eschen und Mauren hinausgeschrieben. Wir geben der Erwartung Ausdruck, dass sie sich entschliessen können, den Lawenawerktarif zu übernehmen, der vom Feldkircher Tarif nur unwesentlich verschieden ist. Wir haben eine Kontrolle in beiden Gemeindeh durchführen lassen, welche ergab, dass die Stadtwerke Feldkirch anstatt 25 Lampen dauernd den Tarif nur von 15 Lampen eingezogen haben. Wenn der von Feldkirch gehandhabte Tarif so gehandhabt würde wie das Lawenawerk seinen handhabt, so wäre überhaupt kein Unterschied im Preise. In einzelnen Fällen ist das Lawenawerk teurer und ing anderen Fällen wieder billiger. Due Erhabungen sind noch nicht ganz abgescjlossen find wir werden das Weitere berichten, sobald wir ein umfassenden Bild haben.

Wegen der Kontrolle in Eschen und Mauren bin ich nicht mehr ganz im Bilde. Ich weiss, dass seinerzeit diese Anregung gemacht worden ist und dass wir mit den Versiche ungsgeselschaften verhandelt haben. Ich werde aber über Mittag mich genau informieren und Nachmittag über den Stand der Angelegenheit berichten.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, dass sowohl die Ablöseabmachungen mit den Stadtwerken Feldkirch sowie die mit dem Lawenawerke
wegen der Bezahlung der Ablösesumme und der Umbaukosten getroffenen
Vereinbarungen angenommen werden, möge dies mit Handerhebung bekunden.

Sämtliche Abgeordnete sind dafür.

2. Antrag des Verkehrsvereines auf Herausgabe eines neuen Werbe-Drospektes und Subventionierung.

Präsident: erwähnt, dass auch in den vergangenen Jahren immer ein Beitrag geleistet worden ist. Zugelich wurde heuer ein Werbeprospekt vorgelegt und die Regieru g und Finanzkommission beantragt ihnen eine Subventionierung dieser Sache mit Frs. 750.

Hoop: Man sollte vielkeicht dem Verkehrsvereine einen Wink geben, dass auch für andere Gemeinden nicht nur für Vaduz Propaganda gemacht werden sollte. Es sollten alle Gemeinden etwas von der Fremdenpropaganda haben, auch wenn grosse Gesellschaftsreisen von Ausländern in unser Land unternommen werden.

Reg. Chef: weist darauf hin, dass diese Anregung des Abg. Hoop dem Verkehrsvereine früher schon des öfeteren gemacht worden ist, dass aber die die Unterkunftsverhältnisse in einzelnen Gemeinden derartige sind, dass eine Propaganda nicht WMMM wohl gedacht werden kann. Es liegt in der Natur der Sache, dass hauptsächlich eben nur die Alpenkurhauser und die Gemeinden Vaduz und Schaan von dem Fremdenverkehr profitieren. Die anderen Gemeinden sind schon etwas abseits. Wenn aber irgrndwie die Aussicht bestünde, Feriengäste, Touristen etz.in anderen Gemeinden unterzubringen, so wird sich wohl ganz automatisch die Propaganda auch auf diese ausdehnen. Risch Ferdi: Mit dieser Auskunft bin ich noch nicht ganz zufrieden. Es handelte sich bei diesen Gesellschaftsreisen doch mehr um einen Ausflug. Es wundert mich sehr, dass die letzte Gesellschaft in Sevelen empagangen worden sind und dass sie dann von dort nach Vaduz geführt worden sind und von da wieder nach Sevelen zurück. Es ist mir ein Rätsel, dass diese Leute nicht micht Buchs ausgestiegen sind und von dort aus unser Ländchen besichtigt haben. Reg. Chef: klärt auf, dass es sich um Extrazüge von Deutschland han delt, die nach Ragaz geführt werden. Im Auslande ist der Name Vaduz noch der bekannteste, dann kommt erst Schaan. Weil als Besichtigungsort eben Vaduz gewählt worden ist, so haben sie den kürzesten MMM Weg von der Station Sevelen her eingeschlagen. Wenn den Leuten mehr Zeit zur Verfügung gestanden wäre, so hätte der Verkahrsverein diese Leute sicherlich auch durch Schaan führen lassen. Zudem ist der Erfolg eines solchen Besuches scheinbar nicht so gross.Die Leute halten sich in den Ausgaben äusserst zurück.

Ospelt: Die Herren Abgeordneten zerbrechen sich die Köpfe über etwas, das sich nicht lohnt. Wir haben mehr Auslagen gehabt, als Einnahmen gemacht worden sind.

Der Antrag der Regierung und Finanzkommission auf Subventionierung des Verkehrsvereines mit Frs. 750 .- wird einstimmig angenommen.

3. Gesuch der Gemeindevorstehung Vaduz auf Uebernahme der Aeule-Strasse als Landstrasse.

Präsident: weist auf den Beschluss der Finanzkommissiom hin, wonach

der Gemeinde der Vorschlag gemacht wird, die Strasse nach vollständiger Instandsetzung, alzung und Teerung auf das Land zu übernehmen oder aber eine Subvention von 30% der Arbeitslöhne der Gemeinde für die vorgenannten Arbeiten zu gewähren, in welchem Falle jedoch der spätere Unterhalt dieser Strasse der Gemeinde obläge. Der Vorsteher von Vaduzhat si ch in der Finanzkommissionssitzung bereit erklärt, mit der Gemeinde dieserhalb noch Rücksprache zu pflegen und nun ist er vielleicht zu gut, die Stellungnahme der Gemeindevertretung bekanntzugeben.

Ospelt: Die Vertretung hat sich dahin ausgesprochen, dass die 30%ige Subventionierung der Arbeitslöhne oder umgekehett die Uebernahme nach Fertigstellung durch die Gemeinde doch etwas zu wenig wäre und ich möchte im Auftrage der Gemeinde Vaduz ersuchen, dass das Land die 30% ige Subvention leitset und zugleich noch die Strasse als Landstrasse übernimmt.

Reg. Chef: beantragt, die Sache zurückzuweisen zur neuerlichen Behandlung, nachdem es nicht eilt und die Gemeinde ja beabsichtigt, diese Arbeit im nächsten Frühjahr auszuführen.

Ospelt: weist darauf hin, dass die Hasubesitzer an der Aeulestrasse darauf drängen, dass sie gemacht wird. Wir haben den Ausführungstermin deshalb auf den Frühling hinausgeschoben, weil derzeit in der Gemeindekasse die Mittel fehlen. Wir müssten direkt ein Anleihen aufnehmen, um die Arbeit auszuführen. Es kann aber auch die Möglichkeit eintreten, dass früher mit der Durchführung begonnen werden muss, wenn sieh die Arbeitsgelegenheit verringern sollte. Die Arbeitsverhältnisse sind eben momentan schlimme, die Bauarbeiten gehen zu Ende und es kann der Fall sein, dass mit dieser Arbeit früher gegonnen werden muss, als geplant ist, um Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Es müssen dann vielleicht auch noch andere Arbeiten gamcht werden, die nicht vorgesehen waren.

Vogt: Soviel ich mich erinnere, hat die Finanzkommission MM eine Jogige Subvention vorgesehen für den Fall, dass dem der Unterhalt der Gemeinde obliegen WMMMM würde.

Risch Bernh.: Man dürfte ruhig heute schon für den Antrag der Manie

meinde stimmen, da es eine viælbefahrene Strasse ist, sie hebt der Landstrasse viel ab.

Präsident: Der Gemeinde steht es zu, die Aeulstrasse für den Automobalverkehr zu sperren. Dass diese Strasse für die Postautos eine Not endigkeit ist, wie Abg. Risch B. erwähnte, hat die Finanzkommission nicht eingesähen. Der Autoverkehr auf der Aeulestrasse ist mehr interner Gemeindenatur, da dort diese Garagen etz. sind.

Risch B.: stellt in Erwägung, dass die Postautos diese Strecke zum Kehren benützen und dass das Kehren vor der Post ein direktes Verkehrshindernis darstellen würde.

Präsident: Nachdem der Antrag auf Verschiebung vorliegt und der Abgeordnete Risch Bernh. seinen Antrag, dass es jetzt schon behandelt werden soll, nicht als formellen aufrecht erhält, wird dieser Gegenstand auf die nächste Sitzung verschoben, mit der Massnahme, dass die Gemeinde ihren Antrag noch schriftlich einbringt

Präsident: Der Landesschulrat hat über Antrag der Gemeinde den Oberlehrer Hassler eingeladen, gein Pensionsgesuch einzureichen mit Schluss des letzten Wintersemesters. Der Oberlehrer ersucht nun um Belassung in der Schule bis zum Herbst, weil er eine grosse und junge Familie hat und eine Verdienstmöglichkeit nicht aufzutreiben ist. Der Landesschulrat hat beschlossen, ihm die vier Jahre zu schenken und andererseits dahin entgegenzukommen, dass ihm bis in die Herbstmonate hinein der volle Gehalt ausbezahlt werde.

Die Angelegenheit ist bereits im Konferenzzimmer vorbesprochen worden und ich möchte die Anträge wiederholen, wie sie erfolgt Minner sind:

1.Antrag: Dass dem Oberlehrer Hassler der volle Pensionsbeteg per Fr.2900.- Fr.unter Anrechnung der restlichen vier Jahre bis 1.September ausbezahlt werde

Abstimmung ergibt 5 Stimmen dafür, wobei Abg. Batliner bemerkt, dass er sich aus Verwandtschaftsgründen der Stimme enthalten muss.

2.Antrag: auf volle Pensionsberechnung d.h.Frs.2900, aber Ausbezahlung mit Ende des Wintersemesters, also am 1.Mai

Abstimmung ergibt 5 Stimmen dafür.

Bückel Peter: Ich habe für den ersten Antrag gestimmt und man mähte mich nicht missverstehen, wenn ich auch noch für andere Anträge stimme, nachdem der erste gefallen ist.

Elkuch: Ich möchte mit Rücksicht auf die wirkliche Mittellosigkeit des Oberlehrers Hassler und seiner jungen Familie ersuchen, dass man ihm die vier Jahre einrechnet. Betreffend der Gehaltsauszahlung, so ist das eine Sache. Nachtem er eine Stelle gefunden hat, so kann man hier geteilter Ansicht sein.

3.Antrag: Dass sowohl die Bemessung der Pensionssumme genau nach 35 Dienstjharen bemessen wird und dass vom 1.Mai an die Pensionsbezühe ausbezahlt werden sollen.

Abstimmung ergibt sechs Stimmen dafür.

Präsident: Nachdem durch die Abstimmung die Sache nicht entschieden ist, wird die Angelegenheit auf den Nachmittag verschoben.

5. Pensionierung des Landweibels Josef Strub.

Auf Antrag des Abg.Risch Bernh.wird auch dieser Punkt auf die Nachmittagssitzung verschoben.

6. Gesuch der Lehrerswitwend um Pensionerhöhung.

Präsident: Die Finanzkommission ist der Ansichtdass für eine solche Erhöhung die notwendige Grundlage fehlt und den bedürftigsten Witwen anderweitig entgegengekommen werden kann. Sie Manning beantragt daher Ablehnung des Gesuches in Ermangelung der gesetzlichen Unterlagen und bei der Möglichkeit, dass aus anderen Mitteln den Frauen beigesprungen werden kann.

Abstimmung ergibt einstimmige Ablehnung.

Punkt 7. Telephonanschlüsse für die Pfarrämter.

7

Telephonbenützer getragen werden müssten.

Peter Büchel: Ich bin der Meinung, dass auf diesen Antrag wenig
Installationen gemacht werden müssen. Ich beantrage, dass das IM
Land die Installation übernimmt und die halbe Abonnementstaxe.

Die andere Hälfte der Abonnementsgebühr sollen die Gemeinde und
das Pfarramt bezahlen. Rechnungsmässig ist es für das Land von
Vorteil, wenn alle Pfarrämter Telephone bekommen. DiebAbonnementsgebühr per Frs. 60-70 ist unbedingt zu hoch und wenn das Land nur
den halben Betrag einnimmt, so schaut noch eine Rendite heraus.

Ich beantrage, meinen Antrag in Wiedererwägung zu ziehen und die S
Sache in der nachmittägigen Sitzung zu entscheiden.

Risch Ferdi: regt an, dass auch die Hofkaplanei in Schaan, die
die Seelsorge in Planken besorgt, in den Kreis der amtlichen Pfarramtsstellen einbezogen werde.

Präsident: empfiehlt dies bei der heutigen Regelang

12 Uhr Mittagspause.

Fortsetzung am Nachmittag um zwei Uhr.

Präsident: In der Vormittagssitzung wurde zurückgestellt

- 1. Pensionierung des Oberlehrers Hassler
- 2. Mensionierung des Landw. Jos. Strub und
- 3. Telephonanschlüsse der Pfarrämter

Nach den Verhandlungen im Konferenzzimmer wird die Pensionierung des Oberlehrers Hassler Theodor dahin modofiziert, dass dem Landtage vorgelegt wird, über die volle Pensionierung d.H. frs. 2900.-bis einschliesslich 30. Juni 1932 abzustimmen.

Die Abstimmung ergibt mit einer Ausnahme die Pensionierung auf dieser Grundlage.

Pensionierung des Landw.Josef Strub.

Die Abstimmung ergibt die Pensionierung mit Frs.3000.ab 1. Juni 1932 mit Enthaltung von zwei Abgeordneten.
Telephonanschlüsse für die Pfarrämter. Der Antrag, dass das Land den Apparat gratis stellt nebst Installation, dass die Gemeinde die halbe Abonnementstaxe (Frs.35'-) bezahlt, wird einstimmig angenommen.

8. Gesuch der Gemeinde Triesen um einen Landesbeitrag für eine MMM neue Strasse von Matschils über St. Mamerten-Oberdorf-Triesen.

Präsident: Die Strasse ist nunmehr soweit fertig gestellt, dass sie dem Verkehr übergeben werden kann. Die Gemeine hat diese Arbeit als Notstandsarbeit ausgeführt und es wurde ihr auch die übliche Subvention von 30% zugesichert. Die Gemeinde ersucht nun mit Rücksicht auf die finanziell schlechte Lage um eine höhere Subvention.

Frommelt: In allen Gemeinde wurdenletztes Jahr grössere Notstandsarbeiten ausgeführt, mur Triesen kam dabei zu kurz. Man hat dann daen Regierung ersucht, sie möchte auch in Triesen Arbeit verschaffen. Um eine grössere Arbeit zu machen, wurde dann das Enu dieser Strasse beschlossen. Die Gemeinde hat aber viele Schulden und konnte sich nur schweren Hetzens zu einer solchen Auslage zur Eindämmung der Arbeitslesigkeit aufraffen. Es würe meines Erachtens nicht zuviel verlangt, wenn eine 50%ige Subvention für diese Arbeit ausgeschüttet würde. Wir haben neben dieser Arbeit auch die Letztenen urbarisiert, es bestehen noch Schulden von der Wasserleitung und der Kanalisation her und wir haben somit unser Möglichstes getan. Ich ersuche, dass unserer schweren Lage Rechnung getragen wird und bitte die Herren Abgeordneten, füttreine 50%ige Subvention einzustehen eben mit Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse.

Reg. Chef: Abg. Frommelt hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Triesen sich sehr bemüht hat, Arbeit zu berschaffen und i sie verdienst alle Anerkennung. Wir sind aber der Meinung, dass der zu gewärtigenden Konsequenzen wegen es nicht angeht, eine Ausnahme zu machen. Auch andere Gemeinde sind arg verschuldet und erhielten für solche Arbeiten auch nur 30%. Wenn es die Lage der Gemeinde nicht verträgt, ihren Verpflichtungen nachzukommen, so müsste anderweitig beigesprungen werden. Bei Werken von besonderem wirtschaftlichem Interesse, bei Waldwegen etz. könnten etwas grössere Subventtionen gewährt werden, bei Notstandsarbeiten jedoch müssen wir an den 30% igen Subventionen festhalten.

Frommelt: legt dar, dass diese Strasse vielleicht als Waldweg in Betracht fallen könnte,

da das Holz vom Meierhof über diese Strasse geführt werden muss.

Präsident: klärt auf, dass die Strasse wohl nicht in dieser Form als Waldweg aufgefasst werden könnte. Aber ein Grund zur Erhöhung der Subvention wäre, weil dieser Weg nicht nur als Flurweg für die Gemeinde, sondern für den allgemeinen Verkehr benützt Berg/wird. Es ist eine Verbindung der/Strasse nach Triesen.

Frikk: Wie hoch stellen sich die Kosten für den Bau?

Frommelt: Rund Frs. 20,000.- Fr.

Präsident lässt abstimmen über die zwei Anträge

1. Antrag der Regg. &vFinanzkommission auf 30%ige Subvention

2.Antrag der Gemeinde auf eine 50%ige Subvertzion, wobei er noch einen Mittelvorachlag auf eine Pauschalierte Summe von Frs. 7500.- bringt.

Frommelt: halt seinen Antrag aufrecht

Präsident: Die Begründung meines Antrages ist die, dass es sich hier nicht nur um eine Gemeindewerk, sondern um einen allegemeinen Strassenzug handelt, der der Allgemeinheit dient.

1.Antrag auf eine 30%ige Subvention 7 Stimmen

2.Antrag auf eine 50%ige Subvention 1 Stimme (From.)

3.Antrag auf eine Pauschalsubvention von

Frs.7500.- 6 Stimmen.

Hiernach wird nur eine Subvention von 30% bewilligt.

wir um ein günstiges Entgegenkommen bitten.

9. Gesuch der Gemeindevorstehung Ruggell um eine höhere Beitragsleistung für das Teeren der Strasse.

Hoop: Es andelt sich hier hauptsächlich um eine Entwässerung.

Seit der Rheinüberschwemmung mussten wir in Ruggell Bretter auf der Landstrasse legen. Schon im Jahre 1928 wurde uns verspröchen, eine Schale zu erstellen und die Entwässerung vorzunehmen. Wir hätten schon geglaubt, dass man uns entgegenkommen würde und die Beitragsleistung des Landes eine höhere wäre. Wir haben viele Schulden und hatten die letzten Jahre grosse Auslagen, weshalb

Reg.Chef: Wir müssen auf den Beschluss der Finanzkommission verweisen.Wir bitten, der Konsequenzen halber am Grundsatze der Kosetnteilung festzuhalten. Nur auf diese Weise bleibt/eine Ordnung beibegahlten, sonst mehren sich die Ansprüche von Sitzung zu Sitzung.

Vogt: Ich kann mich erinnern, dass wir zu 50% verurteilt worden sind. Wir haben dann zugesagt, in der Auffassung, dass auch andere Gemeinden so behandelt werden.

Hoop: Es heisst, as Land könne uns bei der Kanalistion besser entgegenkommen. Wir haben aber dafür keine Garantie.

Reg.Chef: Die grundsätzliche Zusicherung wäre auf Grund des Finanzkommissionsbeschlusses gegeben.

<u>Vogt:</u> Handels es sich hier um eine Neuanlage oder um eine Renovation?

Hoop: klärt auf, dass sie schon längst unter diesen Uebelständen gelitten und dass es nur der Ablegegenheit der Ortschaft zuzuschreiben sei, dass solange mit diesen Arbeiten zugevartet worden sei.

Präsident: Wir schreiten nun zur Abstimmung mit dem Antrag der Regierung und Finanzkommission auf Teilung der Kosten in gleicher Höhe jedoch mit der Zusicherung, dass bei der zu erstellenden Kanalisation im Dorfe über das gewöhnliche Mass entgegengekommen werde. Das Gesuch wird also einstimmig abgewiesen.

Punkt lo. Gesuch der Section Liechtenstein des des Deutschen & Oesterr. Alpenvereines um eine Subvention zu den Kosten des Höhenwegbaues.

Reg.Chef: gibt die nötigen Unterlagen bekannt und erwähnt, dass dieser Weg für die Förderung des Fremdenverkehrs ausserordentlich wichtig ist. Er beantragt im Interesse der Hebung des Fremdenverkehres, dem schon in der letzten Sitzung das Wort gesprochen worden ist, beantragt die Regierung und Finanzkommission eine Subventior von 20% der ungedeckten Kosten per Fr.2500.-,d.ist also Fr.500.-

Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit MUNIMANNE Enthaltung der Abg.Risch F., Frick, Vogt.

Punkt 11. Gesuch der Gemeinde Schellenberg um einen Beitrag zur Wasserleitung.

Präsident: Die Gemeinde hat bereits die nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt, hingegen sind noch einzelne Bedenken wegen

der hygienischen Seite des Wassers aufgetaucht und man glahbt, sich hierin sicherstellen zu müssen. Der Vertreter der Gemeinde wolle zur Sache Stellung beziehen.

Elkuch: Verliest den Erläuterungsbericht vom Ing. Wagner vor.

Die Verhältnisse betr. Wasser waren in Schellenberg seit jeher schlimme. Das Wasser muss zeitweise rationiert werden und selbst aus Schmutzlöchern oder vom Riet geholt werden. Die vorgesehene Wasserversorgung ist für die Gemeinde Schellenberg eine grosse Aufgabe. Wir haben bei der Entschliessung auf die Gutherzigkeit aller gebaut, um dieses Werk der Verwirklichung zuführen zu können. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf Fr. 150,000. Fr.. Der Gemeinderat hat mich beauftragt, eine 25%ige Subvention vom Landtage erreichen zu suchen. Der grösste Teil der Arbeiten kann als Notstandsarbeit angesehen werden. Ebenso sollten wirnoch andere Sachen bauen, so der Schulhausumbau, Kirchenbau etz. etz. Ich möchte die Herren Abgeordneten ersuchen, in Ansehung der besonderen Verhältnisse der Bittstellerin eine 25%ige Subvention zu gewähren, d.i. Frs. 35,000.

Risch Ferdi: Sind in diesem Kostenvoranschlag die Kosten für die Hausanschlüsse inbegriffen ?

Elkuck: Ja. Die Hausanschlüsse sind mit Fr. 9000. - dabei.

Präsident: Der Abgeordnete beantragt einen Pauschalbetrag von Fr.35,000.- und die Finanzkommission eine 20%ige Subvention, d.i.Fr.30,000.-.

Reg. Chef: Wir müssen auch wieder an diesem Normalsatze festhalten, da wir ähnliche Werke mit dem gleichen Prozentsatze subventioniert haben. Es besteht also auch hier keine zwingende Veranlassung, von diesem Grundsatze abzugehen. Die Gemeinde soll sich glücklich schätzen, dass sie das Gesuch noch in einer verhältnismässig günstigen Zeit einreichen konnte. Wenn die Krise anhält, so müssen verschiedene Subventionen zurückgeschraubt werden. Die Gemeinde Schellenberg darf sich also zufrieden geben mit der normalen Subvention.

Elkich: Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass ca. 2000 laufende Meter zu sprengen sind. In Wirklichkeit werden aber 3000 Laufmeter zu bewältigen sein. Wir haben mit bedeu-

hen ist. Aber trotz der vor aussichtlichen Mehrkosten finden wir uns mit einem Pauschlabetrag von Frs. 35,000. Fr. ab.

Batliner: Ich möchte meinen Kollegen warnen, auf einen Pauschalbetrag hinzuwirken. Ich kann nämlich heute aus Erfahrung reden.

Wir sind momntan am Bau einer Wasserleitung. Es gibt aber viel Unvorhergesehenes. Ich möchte den Schellenbergern nur dringend anraten, ja nicht pauschal abzumachen sondern die 20% anzunehmenIch habe seinerzeit auch auf einem Pauschalbetrag verharrt, aber die Zeit hat uns etwas anderes gelehrt. Wir würden heute, wann wir zurück könnten, die 20%ige Subvention nehmen.

Elbrach: Die Weurer sind eben selbst etwas Schuld daran, weil sie

Elkuch: Die Maurer sind eben selbst etwas Schuld daran, weil sie noch weitere Quellen miteinbezogen etz.

Marxer: Wir haben die Angelegenheit in der Finanzkommission reichlich besprochen. Ich kenne die Verhältnisse dort gut. Ich glaube, dass es hier wirklich Mehrkosten gibt und es dürfte angebracht sein, wenn man den Subventionsbetrag um etwas erhöht. Andererseits muss ich dem Abg. Batliner beipflichten.

Vogt: Die Gemeinde Balzers hat das nämliche Uebel. Wenny man uns auch eine höhere Subvention als normal zusichert, dass stimmen wir für 35,000. – anderenfalls aber können wir nicht.

Reg. Chef: Von solchen Händeleien bitten wir Umgang zu nehmen.
Es dürfte jedenfalls das Balzner Projekt noch nicht så bald zur
Ausführung kommen.

Vogt: Es liegt bereits ein Projekt vor.

Elkuch: Es ist vielleicht bekannt, dass auch die schweizerischen Grenzwächter immer Reklamationen betr. des Wassers einbringen. Es gibt nur eine Lösung, dass es eben eine allgemeine Wasserversorgung gibt. Man möchte also auch den Abmachungen des Zollvertrages Rechnung tragen.

Risch Ferdi: Man ist vielhaft im Unklaren über die Kostenvoranschlägelich möchte den Antrag stellen, dass diese überprüft werden, das ist unsere Pflicht. Man hört vielfach im Volke diesen Wunsch, da viele der Auffassung sind, dass die Kostenvoranschläge deshalb hoch bemessen werden, damit auch die Subvention befriedigend hoch ausfällt.

Reg. Chef: weist auf den Fall Mauren hin. Andererseits besteht

für den Ingenieur, der den Kostenvoranschlag und das Projekt ausarbeitet, bei hoher Kalkulation die Möglichkeit, dass er eben neben die Konkurrenz fällt. MMM Ueberdies werden die Kostenvoranschläge überprüft vom Bauamte. Es besteht also nicht die Gefahr, dass man so stark über die Ohren gehauen wird. Im allgemeinen sind die Kostenvoranschläge reichlich bemessen, so dass man bei normalen Verhältnissen damit das Auslangen findet. Präsident: Der Bageordnete Risch wird also sich damit begnügen, da das Bauamt diese Plane und Voranskäläge überprüft. Ospelt: Meistens baut man teuer, als vorgesehen ist. Ich möchte den Schellenbergern anraten, sich diese Sache mit der Pauschalabfindung dreimal zu überlegen. Vaduz hat nur einen ca. 16'5%igen Beitrag erhalten zu den wirklich aufgelaufenen Kosten. Präsident: Ich halte dafür, dass in sehr vielen Fällen die Rechnung für Land einfacher ist, als die nachträgliche Verrechnung der wirklich aufgelaufenen Kosten. Man kann die Rechnung auch aufzäumen, dass sie über die normalen hinaussehauen. Ich würde den Antrag der Finanzkommission als befriedigend erachten. Das Notstandsprojekt ist noch nicht festgelegt für den kommenden Winter, es kann aber sein, dass nicht mehr 30% für Notstandsarbeiten bezahlt wird. Aus diesem Grunde würde ich den Antrag der Finanzkommission nur unterstützen. Ich glaube, dass den Verhältnissen der Gemeinde Rechnung getragen wäre.

Näscher: Es hat verlautet, dass das Wasser nicht ganz einwandfrei seinund es sollte hier eine Klausel beigefügt werden.

Präsident: Selbstverständlich versteht sich dieser Beitrag immer nur unter der Voraussetzung eines einwandfreien Wassers. Es muss also ein Untersuchung des Wassers vorausgehen und das Resultat der Untersuchung durch die Regierung dem Landtage bekannt gegeben werden.

Elkuck: Ich möchte zuerst abgestimmt haben über die Fr.35,000.Präsident: Der Herr Abg. Wird entschuldigen, wenn wir der bisherigen
Uebung gemäss nach der Ordnung der Einläufe abstömmen. Ich möchte
nicht ohne Grund von dieser Uebung abgehen.

Die Abstimmung ergibt mit 11 Stimmen eine Gewährung einer

20%igen Subvention von pauschal Fr.30,000.-Franken.unter der Voragussetzung, dass ein einwandfrei es Wasser gewonnen wird:

Punkt 12.Rechnungsabschluss des Lawenawerkes für 1931

Präsident: Wenn gewünscht wird, dass über irgend eine Post

Aufklärung gegeben wird, so ist der eg. Chef bereit, dies zu

tun. Wer damit einverstanden ist, dass die Rechnung des Lawenawerkes in der geprüften Form der Geschäftsprüßungskommission,

die gewählt werden muss, überwiesen wird, wolle dies mit Handerheben bekunden, was einstimmig erfolgt.

13.Gesuch der Triesnerberger Bauernschaft um Hilfsmassnahmen.

Rräsident: Der Vertreter der Gemeinde ist heute leider nicht Minnesem
anwesend und krank. Der Herr Reg. Chef wolle an Hand der Unterlagen
die Sache klar legen.

Reg. Chef: weist darauf hin, dass dieses Gesuch vielhaft der Auffassung entsprungen sei, dass die vom Lande im letzten Jahre zu Bauten verwendeten etlichen hunderttausend Franken vorweg als der Arbeiterschaft zugute kommend angesehen wurden und dass die Arbeiter günstigere Verdienstmöglichkeiten hatten als der Mykken MANN Bauer, der in einer verhältnismässig viel schlimmeren Lage sich befibdet.Kurz die ganze Lage der Bebernschaft ist in Vergleich gezogen worden mit der der Arbeiter. Es ist kein Zweifel, dass die Bauernschaft durch die Weltkrise stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Die Angahen MMI im Gesuche stimmen Wohl ohne weiters, aber die Frage, wie der Bauernschaft Hilfe geleistet werden kann, ist schwer zu beantworten. Man hat inhllen Länd rn probiert uns studiert, aber kein Mittel gefunden, dass allgemeine Befriedigung gefunden hat. Auch die Interessenten, die letzthin zu der Finanzkommissionssitzung eingeladen worden sind, haben ohne weiters eingesehen, dass ihre Vorschläge nicht diskutabel sind. Eine gerechte Verteilung einer gemeinsamen Hilfsaktion lässt sich ganz schwer durchführen. Es ist nicht möglich, alle auf den gleichen Leisten zu schlagen. Wir sind bei der damaligen Besprechung zum Schlusse gekommen, dass beim besten Willen eine befriedigende Lösung nicht gefunden werden kann. Es ist nicht möglich, auf dieser Basis zu Hilfe zu kommen. Die Finanzkommission hat die Ansicht vertreten, dass jeder Fall einzeln und individuell behandet werden 119 soll,d.h. dass

soll, d.h., dass der Bauer, welcher in Not gerät, nach Belieben um eine Beihilfe einkommen kann, welche ihm dann im Rahmen des Möglichen gewährt werden wird. Eine ällgemeine Aktion für die Bergbauern hätte zu unhaltbaren Zuständen geführt. Es hättenmit dem gleichen Recht auf wenigstens eine 50%ige Beihilfe wohl auch andere Bauern einschreiten können.

Risch Bernh.: Ich möchte aber doch zur Erwägung stellen, ob nicht ein Weg gefunden werden kann, wie man den bedrängten Bergbauern zuhHilfe kommen kann. Die Verhältnisse am Berg sind tatsächlich ganz anders als im Tale. Die Leute leben in ärmlicheren Verhältnissen und haben eine viel schlichtere Lebensweise. Es kann dort oben nichts gepflanzt werden. Der Bauer hat dort oben das ganze Jahr genügend Arbeit, yenn er sein Vieh und seinen Boden bewittschaften Will.Die weiten Fütterungswege und der ganze Umtrieb ist viel umstämdlicher als bei den Talbauern. Und wenn dann einer noch verschuldet ist, was bei den schlechten Viehpreisen der letzten Jahre wohl auch möglich ist, dann findet er sich gar nicht mehr zurecht und er kommt auch nicht mehr aus den Schulden heraus. Wenn irgendwie eine Möglichkeit bestehen sollte, den Bergbauern entgegenkommen zu können, so sollte dies geschehen. Vielleicht könnte die Frage doch noch einmal besser studiert unf gründlicher geprüft werden. Präsident: Es muss aber doch zugegeben werden, dass ähnlich gestellt wie die Bauern am Berg auch solche im Lande sind. Es müsste, um allen gerecht zu werden, eine allgemeine Bauernhilfsaktion eingeleitet werden. Wenn nur einer Gemeinde gehölfen wird, so wird sich naturgemäss auch die and re zu helfen wissen und um Hilfe nachsuchen. Einzelne in Notgeratene Bauern sind bereits schon reichlich aus Landesmitteln unterstützt worden. Das lässt ishe aber auch besser mochen eine persönliche Behandlung als eine Pauschaleingabe. Es hat sich in der Azssprache mit den Initianten ergebendass eben eine allegemeine Hilfsaktion geplant war, dass also eine jeder, der seine Unterschrifft heigesetzt hatmunterstützt wird. Das ist ungefähr sinngemäss so ausgeführt worden. Diejenigen, die der Hilfe bedürfen , sollen unterstützt werden. Ich zweifle keinen Augenblick, dass auch am Berg Bauern sind, denen beigesprungen werden muss. Das aber

aber sehe ich ein, dass private Hilfe heute besser ist, als eine allgemeine. Also einerseits muss der Konsequenzen wegen, weil man gleich Dutezende andere Gesuche zu behandeln hätte und andererseits , weil die private Hilfsaktion heute so ausgebaut ist, dass sie viel gerechter ist, das Gesuch abgewiesen werden.

Risch Bernh.: weist nochmals darauf hin, dass Hilfe nötig wäre, da die Verdienstmöglichkeit, vie sie im Lande ein Bauer noch hat, eben am Berge fehlt. M

Risch Ferdi: Der Grund, dass die Bergbauern mit diesem Gesuche vorstellig ge orden sind, ist der, weil im letzten Herbst das Vieh nicht abgesetzt werden konnte. Heuer im Frühling musste nun viel Futter gekauft werden. Absetzen kannte man nicht, verhungern lassen kann man das Vieh auch nicht und so sah sich der Bauer gemungen, durch Ankauf von Futter die Sache weiter zußbetreiben. Im Lande wurde früher mehr Vieh verkauft. Auch können wir hierunten etwas pflanzen und müssen nicht alles kaufen, wie der Bergbauer. Es kann aber natürlich nicht ein jeder unterstützt werden, aber jeder Fall soll Benau und mussen micht auf seine Würdigkeit untersucht werden. Gewiss werden sich Würige finden.

Risch Bernh: Ich könnte vorläufig dem Antrag der Finanzkommission auf Zusehen hin mich anschliessen. Sollten jedoch die Verhältnisse noch weiter sich zuspitzen und schlimmer werden, so müsste auf die Sache zurückgegriffen werden. Es wäre jedenfalls auch gut, wenn die Sparkasse den Zinsfuss etwas ermässigen würde und vielleicht Zinsstundungen gewähren würde, was der Landtag der Sparkasse nahelegen sollte.

Präsident: klärtø auf, dass die Sparkasse bereits alles geprüft und unseren Verhältnissen Rechnung trage. Im ferneren weist er auf die Folgen einer Zisnfussreduktion hin. Auch muss die Sparkasse sich angleichen an die umliegenden Verhältnisse.

Reg. Chef: Ich kann die Herren Bbgeordneten nur versichern, dass i die Zinsfusspolitik der Sparkasse eine ausserordentlich sorgfältige ist. Der beste Bewäts hiefür ist, dass fast sämtliche Kapitalien, die in der Schweiz waren, hat sie nunmehr übernommen.

Risch B.: Man sollte aber doch in MMMMMhölichen Form die Sparkasse ersuchen, ob es nicht möglich wäre, noch weiter entgegenzukommen. Büchel Peter: Ich glaube, dass keiner hier ist, der nicht den bedrängten Bauern Hilfe leisten wollte, aber das wie, ist die schwierige Frage. Auch im Tale ist die Not gross. Ich fürchte, dass in absehbarer Zeit verschiedene Existenzen zu Grunde gehen. Es gibt keinen anderen Ausweg, als diesen zu helfen. Leider kann das Land nicht die erforderliche Hilfe bringen. Jeder muss sich zuerst sich selbst helfen, so gut er kann. Wir müssen wieder zurück zur alten Einschränkung, Einfachheit und Sparsamkeit. Das Festebesuchen und auch der Wirtshausbesuch muss geschmälert yerden, Wenn man den Konsum des Alkohols betrachtet, som ist das furchtbar und schauderhaft. Dur durch Sparsamkeit kann wieder langsam aufgebaut werden. Auch die Jungen müssen anfangen, zu spraen. In den Nachkriegszeiten hat das Unterland einen Weg eingeschlagen, der nicht gangbar ist auf die Dauer. Wenn es noch lo Jahre so weiter geht, so sind wir dem Ruin verfallen. Es müssen andere Wege eingeschlagen werden. Die Ansprüche müssen reduziert werden und die Leute müssen wieder zur alten Einfachheit zurückkehren.

Präsident: lästt nunmehr abstimmen über den Antrag der Finanzkommission, dass dem Gesuche der Konsequenzen wegen nicht entsprochen
Werden/kdass aber immer von Fall zu Fall die bedürftigsten und notleidenden Bauern unterstützt werden sollen.

Das Gesuch wird einstimmig abgewiesen.

Punkt 14 der Zagesordnung wird auf die Sitzung des nächsten Tg Tages verschoben, da dieser Punkt nicht mehr erledigt Werden kann zufolge der Kurzen Zeit, die noch zur Verfügung steht.

Punkt 15. Prozess gegen die Bank Sautier und Co.

Reg.Chef: klärt über die rechtliche Seite der Angelegenheit auf
und informiert die Herren Abgeordneten über den derweiligen Stand
der Angelegenheit.

weitere/

Auf Anregung des Abg.Peter Büchel wird die Verfolgung der Angeeinstimmig
legenheit/der Finanzkommission überantwortet, welche im Einvernehmen
mit der Regierung die Angelegenheit zu regeln hat.

Punkt 16 wird auf die nächsttägige Sitzung verschoben.

Punkt 17. Spiess- und Frickgrabenregulierung.

Reg. Chef: verweist auf die Ausführungen in der den Abgeordneten

zugegangenen Tagesordnung und kolt noch da und dort weiter aus,

um das Bild klar zu zeichnen. Zum Schlusse beantragt er, den Antrag der

Regierung

Regierung und Finanzkommission anzunehmen.

Zu Sache sprechen noch die Herren Abg. Marxer, dessen Erläuterungen aufklärend wirken und Abg. Elkuch, der darauf hinweist, dass die Böschungen zu grossfüssig vorgesehen seien. Es könnten noch Einsparungen gemacht werden. Auch empfiehlt er, auf die Leute der dortigen Gegend zu hören, die die örtlichen Verhältmisse sehr genau kennen.

Präsident: Die Sache hängt nicht allein von un ab und die Projekte sind nicht ohne weiters aus der Luft gegriffen, sondern von erfahrenen Eachmännern ausgearbeitet worden. Diese betonen ausdrücklich, dass sie mit diesen vorgesehenen Massen die besten Erfahrungen gemacht haben, so dass sie als Normalmasse angesehen werden können.

Die Abstimmung ergibt einstimmig Zustimmung zum Antrag der Finanz kommission, dass die Regierung ermächtigt wird, der Voraralberger Landesregierung die Vebernahme der Hälfte der Kosten zu bestätigen. Für die Verteilung der Kosten unter den liechtensteinischen Interessenten solle sich der Landtag spätere Beschlüsse vorbehalten.

Punkt 18. Mitteilung bezgl. Subventionierung von Saatkattoffeln durch den Bauernverein.

Der Landtag wird in Kenttnis gesetzt, dass für den Ankauf von krebsfesten Saatgutes eine Subvention von Frs.5425'35 im Sinne des seinerzeit gefassten Landtagsbeschlusses ausgeschlittet worden ist.

Punkt 19. Gesuch des liechtensteinischen Verbandes für Handel und Gewerbe um eine Subvention.

Reg.Chef: verliest das Gesnah und erwähnt, dass der Verband sich vor nicht gar langer Zeit neu konstituiert habe und mit grossem Eifer an die Wahrung der Standesinetressen gegangen sei. Sie wollen den liecht. Handel heben. Sie haben aber grosse Auslagen für Drucksorten etz und ersuchen deshalb um eine Subvention von Frs. 300.

Diese Subvention wird einstimmig gewährt. Schluss der Tagessitzung abends um 6 Uhr.